

# Rund um den Schwammerl-turm



St. Stefan  
ob Leoben

## KPÖ-Spitzenkandidat Uwe Süß im Gespräch „Einer muß sich für Sie einsetzen!“

„Einer muß sich für Sie einsetzen!“ lautet das Motto der Liste KPÖ-Uwe Süß bei der Gemeinderatswahl am 21. März. Die Zeitung „Rund um den Schwammerlturm“ hat Uwe Süß, Spitzenkandidat der Liste 3 KPÖ-Uwe Süß, um ein Interviewe gebeten. Uwe Süß nimmt zu seinen Vorstellungen für den Gemeinderat Stellung.

**„Rund um den Schwammerlturm“:** Was hältst Du von der derzeitigen Politik im St. Stefan Gemeinderat.

**Uwe Süß:** „Ich besuche seit knapp zwei Jahren fast alle Gemeinderatssitzungen. Oft bin ich an ein „Wiener-Puppentheater“ erinnert, indem unser Bürgermeister die Hauptrolle spielt. Manchmal denke ich mir, da wird über Dinge stundenlang diskutiert, die mit den Problemen der Bürgerinnen und Bürger oft wenig zu tun haben. Ein anderes Beispiel: Die Gemeinderatsausschüsse sollten eigentlich die Gemeinderatssitzung vorbereiten und die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte über die Tagesordnung gründlich informie-

ren. Bei den Berichten über die Tätigkeit der Ausschüsse kommen mir Zweifel, ob das tatsächlich passiert. Da wird beispielsweise über das gemeinsame Verjausnen eines Geschenkskorbes berichtet – kein Spaß!“

**„Rund um den Schwammerlturm“:** In St. Stefan kandidiert erstmalig die KPÖ bei einer Gemeinderatswahl. Wie ist es dazu gekommen?

**Uwe Süß:** „Ich bin vor einigen Jahren über die Betriebsarbeit in der Voestalpine zur KPÖ gekommen. Bald darauf habe ich mich spontan entschlossen, für die KPÖ in meiner Heimatgemeinde zu kandidieren.“

**„Rund um den Schwammerlturm“:** In St. Stefan kandidieren vier Listen. Warum soll jemand gerade die Liste KPÖ-Uwe Süß wählen?

**Uwe Süß:** „In unserem Gemeinderat sind derzeit nur zwei Parteien vertreten. Die Bürgermeisterpartei kann mit ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit das Geschehen bestimmen. Es gibt fast keine Kontrolle. Die Mehrheit kann schalten

und walten wie sie will. Ich meine, es wäre gut, wenn mit einer neuen Liste endlich jemand der Mehrheitsfraktion auf die Finger schaut.“

**„Rund um den Schwammerlturm“:** Was bedeutet das Motto „Einer muß sich für Sie einsetzen?“

Fortsetzung umseitig

# Einer muß sich für Sie einsetzen!



Uwe Süß **KPÖ**  
Einfach unbestechlich

Liste 3



Fortsetzung von Seite 1

**Uwe Süß:** „Das heißt für mich vor allem eines: für die Menschen da zu sein, ihnen nicht nur Dinge zu versprechen, sondern konkrete Hilfestellung zu gewähren. Das macht die KPÖ überall wo sie im Gemeinderat vertreten ist. Ich nenne nur unsere kostenlose Mieterberatung oder den Sozialfonds, der aus den Politikerbezügen unseres Abgeordneten Werner Murgg gespeist wird. Damit wird Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die in Schwierigkeiten geraten sind, schnell und unbürokratisch geholfen. Das alles soll verstärkt in St. Stefan angeboten werden.“

**„Rund um den Schwammerlturm:“** Ist

die KPÖ in St. Stefan eine Ein-Mann-Partei?

**Uwe Süß:** „Keineswegs! Ich habe einen verlässlichen Kandidaten hinter mir auf der Liste. Außerdem gibt es einige aktive Mitbürgerinnen und Mitbürger, die mich im Wahlkampf unterstützen.“

**„Rund um den Schwammerlturm:“** Verrate uns Dein Wahlziel?

**Uwe Süß:** „Bei der letzten Landtagswahl hat die KPÖ in St. Stefan knapp 4 Prozent der Stimmen erreicht. Wenn wir ein wenig zulegen, ist der Einzug in den Gemeinderat möglich.“

## Es geht auch anders: KPÖ-Politikerinnen und -Politiker spenden einen großen Teil ihres Einkommens

Für alle KPÖ-Politiker gilt eine Einkommensgrenze von derzeit maximal 2.000 Euro netto aus ihren politischen Bezügen. Der Rest wandert in einen Sozialfonds. 2009 wurde mit diesem Fonds über 1.300 Steirerinnen und Steirern schnell und unbürokratisch geholfen. Werner Murgg: „*Uns KPÖ-Politikern geht es darum, daß wir uns mit unserem Einkommen von der Masse der arbeitenden Menschen nicht entfernen. Nur so weiß man, wie ein Durchschnittsverdiener tatsächlich lebt.*“



163.898 Euro haben Werner Murgg, Renate Pacher, Elke Kahr, Claudia Klimt-Weithaler und Ernst Kaltenegger allein 2009 von ihren Einkommen für Menschen in Not spendet.

## KOMMENTAR

### Warum ich für die KPÖ kandidiere?



Als einfacher Arbeiter habe ich mir eine Partei gesucht, die konsequent die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Pensionisten vertritt. Schaut man sich die Spitzenpolitiker der anderen Parteien an, erkennt man rasch, daß sie sich in ihrem Lebensstil von den einfachen Menschen meilenweit entfernt haben. Allein durch ihr Einkommen wissen sie kaum mehr, wie ein Durchschnittsbürger lebt. Das ist bei der KPÖ anders. Hier gibt es eine Gehaltsobergrenze, der Rest wandert in einen Sozialfond. Denn wer sich mit seinem Einkommen von den Menschen, die er vertreten will nicht entfernt, weiß, was Belastungen und Gebührenerhöhungen für Durchschnittsverdiener bedeuten. Vor den Wahlen kehren alle Parteien ihr soziales Gewissen hervor und versprechen, sich in erster Linie für die so genannten „kleinen“ Leute einzusetzen. Nach der Wahl ist dann vieles anders. Die KPÖ zeigt dort, wo sie Verantwortung übernehmen kann, daß man sich auf sie verlassen kann! Dafür ist beispielsweise Werner Murgg in Leoben ein Vorbild: die für Arbeiter-, Angestellten- oder Pensionistenhaushalte wichtigen Fragen, wie Wohnungsmieten, Teuerung oder Soziales stehen im Mittelpunkt der Arbeit von KPÖ-Politikern. Diese sind nicht mit dem großen Geld verbandelt. Deshalb sind sie unbestechlich und eine verlässliche Kontrollpartei. In vielen steirischen Gemeinden kann man sich die KPÖ aus dem Gemeinderat gar nicht mehr wegdenken.

Uwe Süß

Gemeinderatskandidat der KPÖ

### Liebe Bürgerinnen und Bürger von St. Stefan!

„Wenn Sie der Meinung sind, es ist gut, daß im Gemeinderat von St. Stefan auch die KPÖ ihre Stimme erhebt und wenn Sie weiterhin durch unsere Zeitung „Rund um den Schwammerlturm“ informiert werden wollen, bitte ich Sie am 21. März um Ihre Stimme.“

Ihr Uwe Süß

Am 21. März:



Liste 3 **KPÖ**

# KPÖ – Uwe Süß für:

## Gebührenstopp

Alles wird teurer, während Löhne, Gehälter und Pensionen stagnieren. Deshalb meint Uwe Süß: Ein Gebührenstopp muß her. Ob bei Müllabfuhr, Kanal oder Wasser, die KPÖ lehnt Gebührenerhöhungen konsequent ab.

## Heizkostenzuschuß

Der Sozialhilfverband Leoben gewährt Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit kleinen Einkommen einen Heizkostenzuschuß. Auf Antrag der KPÖ wurde der Zuschuß von 75 auf 100 Euro erhöht.

## Erhalt des kommunalen Eigentums

Privatisierungen und Ausgliederungen öffentlichen Eigentums haben sich immer als Nachteil für die dort Beschäftigten und für die Kundinnen und Kunden erwiesen. Es profitieren davon höchstens die neuen Eigentümer. Das beweisen geschlossene Postämter und Bahnhöfe ebenso, wie stillgelegte Fabriken. Egal ob im Landtag oder in den Gemeindestuben, die KPÖ lehnt den Ausverkauf öffentlichen Eigentums konsequent ab.

## Information

Mit der Zeitung „Rund um den Schwammerlturm“ wird die Bevölkerung draußen über das informiert, was drinnen vorgeht. Hier erfährt man, was andere gerne unter dem Teppich verstecken wollen.



### Was uns ein- und auffällt...

...daß Bürgermeister Angerer die offizielle Gemeindezeitung offenbar als sein Privatblatt versteht. Wie sonst wäre es möglich, daß gewünschte Richtigstellungen vor Abdruck erst über den Tisch des Bürgermeisters wandern müssen und der Autor **50 Euro Veröffentlichungsgebühr** zu zahlen hat.

...daß die Zeitung „Rund um den Schwammerlturm“ offenbar auch von Kandidaten anderer Parteien, die während der letzten fünf Jahre **eher durch Tiefschlaf** als durch aktive Politik „geglänzt“ haben, gelesen wird. Wie sonst könnten sie fünf Minuten vor dem Wahltermin mit Dingen hausieren gehen, die Uwe Süß bereits während der letzten Jahre kontinuierlich aufgedeckt hat.

# KPÖ –

## Uwe Süß zeigt auf:

## Preistreiberei bei Wasser, Müll und Kanal

In der zu Ende gehenden Gemeinderatsperiode hat die Bürgermeisterpartei die Wasser-, Müll- und Kanalgebühren um 60 Prozent hinaufgeschmalzt. Dabei hat auch die ÖVP im Gemeinderat mitgemacht. Geht es nach Uwe Süß und der KPÖ muß endlich ein Gebührenstopp her. Die Gemeindebudgets dürfen nicht auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger saniert werden. Das Geld muß durch einen anderen Finanzausgleich dort geholt werden, wo es vorhanden ist: bei den Gewinnen der Konzerne und dem steuerfreien Vermögen, welches in den Stiftungen liegt.

## Gemeinde sponsert reiche Mobilkom

Die Mobilkom Austria hat in der Hinterlobming eine Anlage für Handy- und Internetempfang errichtet. Normalerweise zahlt sich die Mobilkom diese Anlagen selbst. Verdient sie doch mit den neuen Kunden ein schönes Geld. In St. Stefan gehen die Uhren anders. Hier hat die Gemeinde die Mobilkom mit 23.600 Euro gesponsert.

## 7.260 Euro beim Fenster hinausgeschmissen

Die Wassergenossenschaft Preßnitz versorgt 26 Einfamilienhäuser. Weitere 17 in Planung befindliche Häuser sollen angeschlossen werden. Dazu muß eine neue Leitung am Sonnenweg verlegt werden. Der Weg wird gerade von der Gemeinde verbreitert. Da wäre es vernünftig, wenn anlässlich der Verbreiterung die neue Leitung gleich mitverlegt werden könnte. Den dafür notwendigen Betrag kann die Genossenschaft kaum aufbringen. Die Gemeinde weigert sich die Kosten zu übernehmen. Sie hat sehr wohl Kosten von über 7.000 Euro für ein Planungsgutachten gezahlt, welches sich letztendlich als hinfällig erwiesen hat, weil die Gemeinde bei der entscheidenden wasserrechtlichen Verhandlung trotz Ladung nicht anwesend war.

# KPÖ – Uwe Süß zeigt auf:

Fortsetzung von Seite 3

## Chance auf Senkung der Müllgebühren vertan

In unserer Gemeinde wird der Müll von einer Privatfirma entsorgt. Der Vertrag mit dieser Firma ist 2009 ausgelaufen. Die Gemeinde hat den Vertrag bis 2014 verlängert, obwohl ein Angebot der Stadtgemeinde Leoben vorlag, die Müllentsorgung in St. Stefan zu übernehmen. Das hätte zu einer Verbilligung der Gebühren geführt. Es bleibt ein Rätsel, warum der Gemeinderat für eine Verlängerung des alten Vertrages gestimmt hat, statt mit Leoben eine Kooperation einzugehen.

## Dorfplatz: Ein Denkmal für den Bürgermeister?

Geht es nach der Bürgermeisterpartei, soll der Dorfplatz radikal umgestaltet werden. Das wird nicht wenig Geld kosten, das an anderen Ecken fehlt. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich zu Recht, ob in Zeiten, wo immer mehr Menschen den Gürtel enger schnallen müssen, dieses Geld nicht vernünftiger verwendet werden könnte. Uwe Süß: „Bevor man unsere Bürger über die konkrete Platzgestaltung befragt, sollten man die Bevölkerung fragen, ob sie überhaupt eine Neugestaltung des Platzes wünscht.“

**Die oben richten sich's -  
Wir zahlen die Zeche**

# Für Gerechtigkeit!



**KPÖ**  
im Gemeinderat

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

## Bürgerversammlung St. Stefan

### Sicherheit vor Einbrüchen

*Die jüngste Bürgerversammlung in St. Stefan beschäftigte sich Schwerpunktmäßig mit dem Thema Sicherheit vor Einbrüchen. Chefinspektor Manfred Huber und Gruppeninspektor Gerhard Rebitzer, vom Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst, erläuterten Sicherheitsfragen und gaben praktische Tipps für Hausbesitzer, Wohnungsinhaber und Mieterinnen und Mieter.*

Zur Statistik: 2009 gab es in St. Stefan 12 Sachbeschädigungen bzw. Vandalenakte und 22 Einbrüche. 16 Einbrüche konnten aufgeklärt werden. Für die Vandalenakte seien,

so Huber, hauptsächlich Jugendliche verantwortlich. Am meisten abschreckende Wirkung für Einbrecher erzielen Alarmanlagen, ein Hund bzw. eine Videoüberwachung. Potentielle Täter dringen meist durch Terrassentüren, ebenerdige Fenster und Kellertüren ein. Hier gäbe es viele Sicherheitsmaßnahmen, die Einbrüche deutlich erschweren. Besonders leichtsinnig sei der Hinweis auf längere Abwesenheit, beispielsweise durch geschlossene Fensterläden oder einen überfüllten Briefkasten. Der kriminalpolizeiliche Beratungsdienst bietet eine persönliche, kostenlose Beratung über Präventionsmaßnahmen an.

### Betreutes Wohnen kommt

Läuft alles nach Plan, soll das Betreute Wohnen in St. Stefan nächstes Jahr Wirklichkeit werden. Bürgermeister Friedrich Angerer informierte, daß die Verträge mit der Diakonie bzw. der Leobner Siedlungsgenossenschaft

ausverhandelt seien und in der kommenden Gemeinderatssitzung beschlossen werden sollen. Geht alles nach Plan, sei im Frühsommer mit dem Baubeginn zu rechnen und im Mai 2011 die Fertigstellung zu erwarten.

## Achtung!

**Aus Protest nicht zur Wahl zu gehen, nutzt nur den Großparteien, weil deren Mandate dadurch „billiger“ werden.**